

Sachliche Prüfung

Zum Bericht „An der Gedenkstätte scheiden sich die Geister“ vom 6. Oktober: Kennzeichen einer guten Politik ist, dass nach sachlicher Prüfung der verfügbaren Optionen und einer Abwägung der Standpunkte eine Entscheidung getroffen wird, die auf das Gemeinwohl und die Nachhaltigkeit abzielt.

Seit Jahrzehnten (!) wird über die Erinnerung an die NS-Zeit in Kaufering und Landsberg diskutiert. Gedenkinitiativen versendet, Informationstafeln wurden halbherzig ausgeführt, Machbarkeitsstudien für die Schublade produziert. Lange Jahre wurden alle möglichen Gegenargumente finanzieller oder personeller Natur ins Feld geführt. Es ist an der Zeit, dass die Verantwortlichen (Bayerische Staatsregierung, Stiftung Bayerische Gedenkstätten u.a.) eingestehen,

dass es weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit ihre Absicht war, irgendein Engagement in der Region Landsberg zu entfalten. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Es gibt den politischen Willen nicht. Zum Vergleich: Allein für den Ausbau und den Erhalt der zwei NS-Täterorte Obersalzberg und Reichsparteitagsgelände Nürnberg stellen Bayerische Staatsregierung (und Bund) rund 20 Millionen bzw. 100 Millionen Euro zur Verfügung. Für Landsberg dagegen: ein aufmunterndes Schulterklopfen und ein herzhaftes „Weiter so!“. Und wer brav war, kriegt auch einen Lutscher.

Edith Raim, Landsberg